

6.4 Liechtenstein im EWR, Schweiz in der EU

Ein EU-Beitritt ist seit Oktober 1991 das erklärte Ziel des schweizerischen Bundesrats. Liechtenstein muss folglich damit rechnen, dass die Schweiz ihr Beitrittsgesuch vom 26. Mai 1992 reaktivieren wird. Im Aussenpolitischen Bericht 2000 erklärte der Bundesrat seine Absicht, den EU-Beitritt so weit vorzubereiten, dass er spätestens in der nächsten Legislaturperiode (d.h. 2003–2007) über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden kann.⁴⁴⁵ Vorerst sollen aber Erfahrungen mit der Umsetzung der bilateralen Abkommen gesammelt, Abklärungen über die wirtschaftlichen und staatspolitischen Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft getroffen und eine breite innenpolitische Unterstützung gesichert werden. Aus diesem Grund lehnten der Bundesrat und das Parlament die 1996 eingereichte Volksinitiative «Ja zu Europa!», welche die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union verlangte, ab. Die Volksabstimmung vom März 2001 bestätigte diese Entscheidung mit 76,7 Prozent der Stimmen.⁴⁴⁶ Die Präferenzen des Bundesrats sind eindeutig:

Die Stellung der EU in Europa ist heute so stark und umfassend, dass ein Land wie die Schweiz mit seiner Abhängigkeit von der Union im Fall eines weiteren Fernbleibens das Risiko wachsender Fremdbestimmung auf sich nimmt und letztlich erpressbar wird. So betrachtet bedeutet der Beitritt zur Europäischen Union neue Chancen und Dynamik, mehr Einflussnahme, mehr Mitgestaltung und damit einen Souveränitätsgewinn.⁴⁴⁷

In der Tat ist die Frage einer EU-Mitgliedschaft für die Schweiz eher ein politisches als ein wirtschaftliches Anliegen. Die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studien über die ökonomischen Auswirkungen eines EU-Beitritts haben ergeben, dass zwar langfristig gesamtwirtschaftliche Vorteile, aber auch ein Strukturwandel mit erheblichen Anpassungskos-

⁴⁴⁵ Schweizerischer Bundesrat 2000, 43, 45.

⁴⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung 2001b. Im Juni 1997 wurde die anti-europäische Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» mit 73,9 Prozent der Stimmen ebenfalls abgelehnt.

⁴⁴⁷ Schweizerischer Bundesrat 2000, 44.